

An den Grossen Gemeinderat

W i n t e r t h u r

Voranschlag 2011 und Festsetzung des Steuerfusses
Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2012 – 2014 (IAFP)

Antrag:

1. Die Voranschläge über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2011 werden genehmigt.
2. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2010 werden genehmigt.
3. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 % (2010: 122%) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (CHF 24.- pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
5. Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Winterthur für die Jahre 2012 bis 2014 wird zur Kenntnis genommen.
6. Gestützt auf § 46 Abs. 2 lit. a) und b) Personalstatut wird auf die Erhöhung der Lohnstufen (Erfahrungsanteil) und auf eine Quote für Leistungsanteile verzichtet.
7. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktgruppe "Städtische Allgemeynkosten/Erlöse" eingestellten und vom Grossen Gemeinderat bewilligten Beträge für die Personalmassnahmen im definitiven Budget auf die Lohnkonti der einzelnen Produktgruppen zu verteilen.

Weisung:

Zusammenfassung

Gliederung des Voranschlags

Teil A:

- Einleitung zum Budget und IAFP
- Übersichten mit 4-stelligen Kostenarten der Laufenden Rechnung der Stadt und der Departemente.
- Übersicht Produktgruppen (Aufwand, Ertrag und Ergebnis)
- Investitionsrechnung
- funktionale Gliederung
- Anhang: Departementssekretariate, Kontrolle der Investitionskredite, Beiträge an Dritte, Abschreibungstabelle, Spezialfinanzierungen, Finanzplan und Kennzahlen

Teil B:

- Globalbudgets mit den Globalkrediten, den parlamentarischen Zielvorgaben und den zusätzlichen Informationen der Produktgruppen
- integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)
- Kontrolle der Globalkredite

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung 2011 zeigt folgendes Bild:

▪ Festsetzung des Steuerfusses auf 122 % der einfachen Staatssteuer		
▪ Aufwendungen (bereinigt)	in Mio. CHF	1'145.6
▪ Erträge (bereinigt)	in Mio. CHF	1'142.8
▪ Aufwandüberschuss	in Mio. CHF	2.7

Gemäss Vorschrift des Zürcher Gemeindeamts müssen Gemeinden mit Steuerfussausgleich 10 % des Eigenkapitals für die Deckung eines Teils des Aufwandüberschusses verwenden.

Beim **Aufwand** sind folgende Positionen zu erwähnen:

- Der Personalaufwand steigt um 1,2 %. Dies ist zu zwei Drittel auf die Teuerung und ein Drittel auf Stellenvermehrungen, wobei diese zum grössten Teil refinanziert sind, zurückzuführen.
- Der Sachaufwand erhöht sich um CHF 3,2 Mio. (2,3%). Dies ist zur Hauptsache auf den gestiegenen baulichen Unterhalt zurückzuführen.
- Trotz der immer noch sehr tiefen Zinssätze entwickelte sich der Zinsaufwand um CHF 1,7 Mio. nach oben. Das ist eine Folge der hohen Investitionstätigkeit sowohl im steuer- wie auch gebührenfinanzierten Bereich der Stadtverwaltung.
- Durch die intensive Investitionstätigkeit nehmen die Abschreibungen um CHF 14,7 Mio. zu.
- Wegen der kantonalen Besoldungsrevision bei den Lehrpersonen steigt der Anteil an die Lohnkosten um CHF 1,4 Mio.
- Die Beiträge an Dritte erfahren wie schon im letzten Jahr eine deutliche Kostenzunahme (CHF 19 Mio.). Mit CHF 10 Mio. macht der Anstieg bei den Fürsorgeleistungen den Löwenanteil aus. Der Bund hat die Pflegefinanzierung neu geregelt. Das kostet die Stadt circa CHF 5 Mio. Um CHF 2 Mio. steigen die Kosten beim Zürcher Verkehrsverbund (ZVV), demgegenüber erhöht sich die Ablieferung von Stadtwerk an die allgemeine Verwaltung um CHF 1 Mio.

- Die internen Verrechnungen sinken um über CHF 9,1 Mio. Einerseits ist der interne Zinssatz von 3 % auf 2,625 % gesunken, was eine Reduktion der kalkulatorischen Zinsverrechnungen um CHF 6 Mio. auslöst, und andererseits konnten die Umlagen im Departement Schule und Sport wegen der Einführung von WoV in der Volksschule um CHF 3 Mio. vermindert werden. Das Gleiche gilt für die internen Erträge.

Auf der **Einnahmenseite** fallen folgende Positionen ins Gewicht:

- Der Aufwärtstrend bei den Steuern hat sich erfreulicherweise erheblich verstärkt, was CHF 35,4 Mio. höhere Einnahmen bringt.
- Der Vermögensertrag sinkt wegen des Wegfalls einmaliger Buchgewinne.
- Die Einnahmen aus Entgelten steigen um CHF 14,5 Mio. Dies ist auf Preiserhöhungen bei der Energie und erhöhte Rückerstattungen bei Stadtwerk zurückzuführen. Die restlichen Positionen sind rückläufig. Insbesondere die Einnahmen aus den Bussen sind um CHF 2,6 Mio. auf die in den Vorjahren realisierte Höhe zurückgenommen worden.
- Die Rückerstattungen des Kantons und anderer Gemeinwesen reduzieren sich um CHF 1,3 Mio.
- Der Finanzausgleich bleibt bei CHF 120 Mio., was von der Direktion der Justiz und des Innern noch definitiv bewilligt werden muss. Der Gewinnanteil von der Zürcher Kantonalbank erhöht sich um CHF 1,5 Mio.
- Die Beiträge mit Zweckbindung erhöhen sich vor allem im Bereich der Sozial- und Erwachsenenhilfe (CHF 5,5 Mio.) als Folge der steigenden Leistung. Zudem ist unter dieser Kontogruppe die Vereinnahmung der um CHF 1 Mio. erhöhten Ablieferung von Stadtwerk verbucht.
- Interne Erlöse vermindern sich um über CHF 9,1 Mio. (siehe interner Aufwand).

LAUFENDE RECHNUNG

(Alle Zahlen in Tausend CHF)

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Aufwand	1'351'584	1'288'482	1'335'286	-46'804	3.6
Interne Verrechnungen	193'392	198'906	189'765	9'141	4.6
bereinigter Aufwand	1'158'192	1'089'576	1'145'521	-55'945	5.1
Ertrag	-1'348'617	-1'285'577	-1'332'596	47'019	3.7
Interne Verrechnungen	-193'392	-198'906	-189'765	-9'141	4.6
bereinigter Ertrag	-1'155'226	-1'086'671	-1'142'831	56'160	5.2
Ergebnis	2'967	2'905	2'690	215	7.4
Personalaufwand	422'952	433'893	439'225	-5'331	1.2
Sachaufwand	149'409	142'965	146'183	-3'218	2.3
Passivzinsen	26'383	26'655	28'337	-1'683	6.3
Abschreibungen	159'051	92'075	106'731	-14'656	15.9
Energie- und Rohmaterialankauf	83'304	82'904	95'599	-12'695	15.3
Dienstleistungen anderer Gemeinwesen	53'003	56'655	58'012	-1'358	2.4
Betriebs- und Defizitbeiträge	232'645	242'127	261'163	-19'036	7.9
Durchlaufende Beiträge	872	1'000	934	66	6.6
Einlagen in Spezialfinanzierungen	30'574	11'303	9'337	1'966	17.4
Interne Verrechnungen	193'392	198'906	189'765	9'141	4.6
Steuern	-362'155	-355'109	-390'496	35'387	10.0
Erträge aus Regalien und Konzessionen	-743	-748	-762	15	2.0
Vermögenserträge	-23'363	-27'158	-21'959	-5'198	19.1
Entgelte	-399'437	-384'199	-398'706	14'507	3.8

Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	-132'267	-126'008	-127'706	1'698	1.3
Rückerstattungen von Gemeinwesen	-63'163	-65'530	-64'226	-1'304	2.0
Beiträge mit Zweckbindung	-116'019	-117'799	-124'584	6'785	5.8
Durchlaufende Beiträge	-872	-1'000	-934	-66	6.6
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-57'207	-9'121	-13'458	4'337	47.5
Interne Verrechnungen	-193'392	-198'906	-189'765	-9'141	4.6

ERLÄUTERUNGEN ZUM AUFWAND

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Personalaufwand	422'952	433'893	439'225	-5'331	1.2
Behörden und Kommissionen	1'720	1'878	1'940	-62	3.3
Löhne Verwaltungs-/Betriebspersonal	296'314	305'210	308'525	-3'314	1.1
Löhne Lehrkräfte	36'627	36'678	36'768	-90	0.2
Sozialleistungen	64'376	67'087	68'216	-1'129	1.7
übriger Personalaufwand	23'915	23'041	23'776	-736	3.2

Vorgaben Personalstatut: Gemäss § 55 Abs. 1 Personalstatut ist der Lohn jeweils auf den 1. Januar entsprechend dem Zürcher Index des vorangehenden Novembers an die Teuerung anzupassen. Die Teuerungsanpassung wird in den Grundlohn eingebaut und versichert. Gemäss § 47 Personalstatut wird für mindestens mit "gut" qualifizierte Angestellte der Lohn jeweils auf Beginn des Kalenderjahres um die nächste Lohnstufe erhöht (Erfahrungsanteil). Sodann kann den mit «sehr gut» oder «vorzüglich» qualifizierten Angestellten ein Leistungsanteil ausgerichtet werden. Der Stadtrat legt die entsprechende Quote fest. Der Teuerungsausgleich, die Erhöhung der Lohnstufe (Erfahrungsanteil) und eine Leistungsquote bilden die ordentliche Regelung. Gemäss § 46 Abs. 2 und § 55 Abs. 1 Personalstatut kann der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat aus finanzpolitischen Gründen ausnahmsweise den Verzicht auf alle oder einzelne Lohnmassnahmen beantragen. Im letzten Budget wurde auf die Entrichtung eines Leistungsanteils verzichtet.

Vorgaben Kanton: Die Stadt Winterthur ist als Gemeinde im Finanzausgleich gemäss dem kantonalen Gemeinde- und Finanzausgleichsgesetz gehalten, unter Berücksichtigung des zu erwartenden Steuerkraft- und Steuerfussausgleichs einen ausgeglichenen Voranschlag vorzulegen. Gemäss den Vorgaben des Kantons dürfen Gemeinden im Finanzausgleich im Voranschlag 2011 kein Geld für Personalmassnahmen bereitstellen. Der Kanton gewährt seinem Personal 0,4 %, die aus dem Rotationsgewinn bezahlt werden.

Antrag Stadtrat: Auf Grund der kantonalen Vorgaben und der weiterhin angespannten städtischen Finanzlage sieht sich der Stadtrat gezwungen, dem Grossen Gemeinderat zu beantragen, für das Jahr 2011 auf den Erfahrungs- und Leistungsanteil zu verzichten. Hingegen soll dem Personal die Teuerung ausgeglichen werden. Es wird mit einer Teuerung von 1 % gerechnet. Es sei aber darauf hingewiesen, dass die Teuerung im letzten Jahr rückläufig war und die Löhne im Jahr 2010 nicht nach unten angepasst wurden. Somit muss der Teuerungsausgleich für das Jahr 2011 um diesen Anteil (0,1 %) reduziert werden.

Der Stadtrat bedauert, dass für das Jahr 2011 nur die Teuerung gewährt werden kann. Die Anträge des Stadtrates zu den Personalmassnahmen wurden mit der Personalkommission an der Sitzung vom 3. September 2010 erörtert. Die Personalverbände bedauern den Entscheid. Sie erwarten eine Neubeurteilung nach Bekanntgabe der definitiven Massnahmen des Kantons Zürich für sein Personal. Die Personalverbände räumen dem Erfahrungsanteil die Priorität gegenüber dem Leistungsanteil ein und fordern zumindest die Prüfung alternativer Massnahmen wie beispielsweise die Ausrichtung von Einmalzulagen oder zusätzliche Freitage über die Feiertage.

Der Stadtrat behält sich vor, nach dem definitiven Stand der Lohnmassnahmen des Kantons für das Staatspersonal und der Finanzausgleichsbeträge dem Grossen Gemeinderat mit dem Novemberbrief bezüglich der Lohnmassnahmen einen ergänzenden bzw. abweichenden Antrag zu stellen.

Die Beträge für die Lohnmassnahmen werden im Budgetantrag des Stadtrats jeweils pauschal in der Produktgruppe "städtische Allgeminkosten/Erlöse" eingestellt. Mit dem definitiven vom GGR bewilligten Budget werden diese Beträge auf die einzelnen Produktgruppen verteilt.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Sachaufwand	149'409	142'965	146'183	-3'218	2.3
Büro-, Schulmaterial und Drucksachen	11'778	8'876	8'582	294	3.3
Anschaffungen Mobilien	10'640	9'607	10'237	-630	6.6
Wasser, Energie, Heizmaterial	1'026	1'051	2'251	-1'200	114.2
Betriebs-/Verbrauchsmaterial	21'584	21'018	20'158	860	4.1
Baulicher Unterhalt	29'586	26'585	28'765	-2'180	8.2
Unterhalt Mobilien	13'507	13'258	12'991	267	2.0
Mieten u. Benützungskosten	10'651	11'349	11'124	225	2.0
Spesenentschädigungen	4'367	4'793	5'204	-411	8.6
Dienstleistungen Dritter	44'543	43'362	43'725	-364	0.8
Allgemeiner Sachaufwand	1'727	3'065	3'146	-81	2.6

Der Sachaufwand steigt insbesondere wegen des erhöhten baulichen Unterhalts. Wegen der Einführung des zentralen Immobilienmanagements fallen diese Kosten neu zur Hauptsache bei der Produktgruppe Immobilien an und werden in der Folge als interne Kosten weiterverrechnet. Bei den Mobilien ergeben sich bei Stadtwerk höhere Kosten wegen Beschaffung neuer Betriebseinrichtungen, beim Steueramt wegen neuer Software und beim Tiefbau wegen neuer Fahrzeuge. Die Reduktion beim Betriebs- und Verbrauchsmaterial ist auf Stadtbuss zurückzuführen. Der Rest sind diverse kleinere Veränderungen.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Passivzinsen	26'383	26'655	28'337	-1'683	6.3

Die Zinssätze sind trotz gegenteiliger Voraussagen nochmals gesunken. Wegen der hohen Investitionstätigkeit sind die gesamten Zinskosten dennoch gestiegen. In den beiden letzten Jahren lagen die Investitionen deutlich über dem langjährigen Schnitt.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Abschreibungen	159'051	92'075	106'731	-14'656	15.9

Die Abschreibungsbasis für Investitionen im allgemeinen Verwaltungsvermögen musste um CHF 10 Mio. auf CHF 70 Mio. erneut erhöht werden. Zudem übertrafen im letzten Jahr die Investitionen das Budget. Daher ergab sich im allgemeinen Verwaltungsvermögen eine starke Erhöhung bei den Abschreibungen. Auch im Verwaltungsvermögen der städtischen Betrieben steigen die Abschreibungen nicht zuletzt wegen der hohen Investitionen in die städtische Kehrrichtverbrennungsanlage.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Energie- und Rohmaterialankauf	83'304	82'904	95'599	-12'695	15.3

Die Veränderung zeigt vor allem die hohe Volatilität der Preise im Energiesektor. Im letzten Jahr ging die Abweichung in die andere Richtung.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Dienstleistungen anderer Gemeinwesen	53'003	56'655	58'012	-1'358	2.4

Die Mehrkosten sind eine Folge der kantonalen Besoldungsrevision bei den Lehrpersonen.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Betriebs- und Defizitbeiträge	232'645	242'127	261'163	-19'036	7.9

Folgende Faktoren ergeben die Kostensteigerung von CHF 19 Mio.: Fürsorgeleistungen plus CHF 10,2 Mio., Neuorganisation der Pflegefinanzierung plus CHF 5 Mio., Beiträge für den ZVV plus CHF 2 Mio., Ablieferung von Stadtwerk plus CHF 1 Mio.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Durchlaufende Beiträge	872	1'000	934	66	6.6
Einlagen in Spezialfinanzierungen	30'574	11'303	9'337	1'966	17.4
Interne Verrechnungen	193'392	198'906	189'765	9'141	4.6

Die Veränderung bei den Einlagen in die Spezialfinanzierungen widerspiegelt die Resultate der gebührenfinanzierten Bereiche. Die Abnahme bei den internen Verrechnungen ist auf die Senkung des internen Zinssatzes von 3 % auf 2,625 % zurückzuführen. Durch die Einführung von WoV in der Volksschule reduzierten sich die Umlagen um CHF 3 Mio.

ERLÄUTERUNGEN ZUM ERTRAG

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Steuern	362'155	355'109	390'496	35'387	10.0
ordentliche Steuern	342'441	330'629	366'016	35'387	10.7
Grundsteuern	19'320	24'100	24'000	-100	0.4
übrige Steuern	394	380	480	100	26.3

Gemäss § 133 Gemeindegesetz muss der Steuerfuss so angesetzt werden, dass er die Laufende Rechnung ausgleicht. Die Erhebung des Maximums ist Voraussetzung für den Erhalt des vollen Steuerfussausgleichs (§ 27 Finanzausgleichsgesetz). Die Finanzkrise hatte offensichtlich keine negativen Auswirkungen auf die Steuererträge. Im Gegenteil, die Steuereinnahmen haben sich vor allem wegen juristischen Personen stark nach oben entwickelt. Allerdings reicht dieses Mehr nicht aus, um von der Festsetzung des Steuerfusses in Höhe des kantonalen Maximums von 122 % wegzukommen. Dieses ist auf gleicher Höhe wie im Vorjahr.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Erträge aus Regalien und Konzessionen	743	748	762	15	2.0
Vermögenserträge	23'363	27'158	21'959	-5'198	19.1

Wegen eines im Jahr 2010 budgetierten einmaligen Ertrages aus einem Immobilienverkauf sinken die Vermögenserträge.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Entgelte	399'437	384'199	398'706	14'507	3.8
Gebühren für Amtshandlungen	15'562	16'037	15'766	-271	1.7
Spital-/Heimtaxen, Pensionsgelder	69'751	74'444	74'236	-208	0.3
Benützungs-, Dienstleistungsentgelte	88'616	85'250	84'487	-762	0.9
Verkaufserlöse	15'335	10'376	10'482	106	1.0
Rückerstattungen	52'546	47'018	49'604	2'586	5.5

Wasser-/Energieverkäufe	133'489	123'720	138'523	14'803	12.0
Andere Entgelte	24'138	27'354	25'607	-1'747	6.4

Der Anstieg bei den Entgelten ist auf Stadtwerk Winterthur zurückzuführen wegen der steigenden Energiepreise und den erhöhten Rückerstattungen. Insgesamt beträgt die Ertragssteigerung bei Stadtwerk CHF 18,1 Mio. Demgegenüber ist im steuerfinanzierten Teil der Verwaltung ein Rückgang der Erträge zu verzeichnen. Dies ist insbesondere bei den Bussen der Fall, welche insgesamt um CHF 2,6 Mio. auf das erzielte Volumen der Vorjahre gesenkt werden mussten. Generell ist bei den Verkaufserlösen und den Benützungs- und Dienstleistungsentgelten eine Stagnation bis Rückgang zu verzeichnen.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	132'267	126'008	127'706	1'698	1.3

Der Finanzausgleich bleibt bei CHF 120 Mio., was von der Direktion der Justiz und des Innern noch definitiv bewilligt werden muss. Der Gewinnanteil von der Zürcher Kantonalbank erhöht sich um CHF 1,5 Mio. Der Steuerkraftanteil beim Finanzausgleich ist unter der Annahme berechnet worden, dass sich die Relation bei der Steuerkraft zwischen der Stadt Winterthur und dem restlichen Kanton nicht verändert.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Rückerstattungen von Gemeinwesen	63'163	65'530	64'226	-1'304	2.0

Stadtbus Winterthur erhält weniger Mittel vom ZVV.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Beiträge mit Zweckbindung	116'019	117'799	124'584	6'785	5.8
Bundesbeiträge	20'113	19'580	21'775	2'195	11.2
Staatsbeiträge	79'601	85'125	86'502	1'377	1.6
Verwaltungsbeiträge	2'881	0	1'905	1'905	.
andere Beiträge	13'425	13'094	14'402	1'308	10.0

Die Beiträge mit Zweckbindung erhöhen sich vor allem im Bereich der Sozial- und Erwachsenenhilfe (CHF 5,5 Mio.) als Folge der steigenden Leistung. Auch die Verwaltungsbeiträge gehen zugunsten dieses Bereichs. Das ist allerdings nur eine buchungstechnische Veränderung (kantonale Vorschrift), weil diese vorher unter den Rückerstattungen bei den Entgelten vereinnahmt wurden. Zudem ist unter dieser Kontogruppe die Vereinnahmung der um CHF 1 Mio. erhöhten Ablieferung von Stadtwerk verbucht.

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Durchlaufende Beiträge	872	1'000	934	-66	6.6
Spezialfinanzierungen / Stiftungen	57'207	9'121	13'458	4'337	47.5
Interne Verrechnungen	193'392	198'906	189'765	-9'141	4.6

Die Entnahme aus den Spezialfinanzierungen entspricht den Finanzierungsbedürfnissen bei den gebührenfinanzierten Betrieben. Bei den internen Verrechnungen wird auf die Begründung beim Aufwand verwiesen.

STELLENPLANVERÄNDERUNGEN

Gestützt auf § 8 Personalstatut informiert der Stadtrat den Grossen Gemeinderat über die Veränderungen im Stellenplan und weist diese im Voranschlag aus.

Das Personalamt verwaltet im zentralen Personalinformations- und Abrechnungssystem PI-AS die Sollstellen aufgrund der Beschlüsse des Stadtrats. Der Stellenplan enthält die Stellen des Verwaltungs- und Betriebspersonals der Lohnklassen 1 bis 20.

Die Stellenplanveränderungen werden in den Globalbudgets sowie in der beiliegenden Übersicht aufgezeigt und begründet. Die folgende Übersicht zeigt die geplanten Veränderungen pro Departement auf das Jahr 2011:

Departement	VO 2010	VO 2011	Abw.
Kulturelles und Dienste	190.16	193.21	3.05
Finanzen	178.20	179.77	1.07
Bau	298.50	300.00	1.50
Sicherheit und Umwelt	360.17	361.21	1.04
Schule und Sport	394.36	407.02	12.66
Soziales	940.62	934.72	-5.90
Technische Betriebe	694.38	710.10	15.72
Stadtkanzlei	19.95	19.95	0.00
Total	3'064.24	3'064.24	29.14

INVESTITIONSRECHNUNG

(Alle Zahlen in Mio. CHF)

Nettoinvestitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen:

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Total Ausgaben	76'431	95'639	97'161	-1'522	1.6
Total Einnahmen	-17'156	-16'515	-16'395	-120	0.7
Nettoinvestitionen	59'274	79'124	80'766	-1'642	2.1
In Voranschlag gebracht	54'000	60'000	70'000	- 10'000	16.7

Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen der Städtischen Betriebe:

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Total Ausgaben	132'636	136'833	184'073	-47'240	34.5
Total Einnahmen	-14'787	-12'240	-9'005	-3'235	26.4
Nettoinvestitionen	117'849	124'593	175'068	-50'475	40.5

Nettoinvestitionen ins Finanzvermögen:

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Total Ausgaben	19'529	28'233	15'730	- 12'503	44.3
Total Einnahmen	6'404	15'800	7'100	- 8'700	55.1
Nettoinvestitionen	13'125	12'433	8'630	3'803	30.6

Total Nettoinvestitionen:

	RE 2009	VO 2010	VO 2011	Abw. zu Vorjahr	%
Gesamte Investitionen (Programm)	177'123	203'717	255'834	- 52'117	25.6
in den Voranschlag aufgenommen	157'825	184'593	245'068	- 38'665	20.9

Das Investitionsprogramm des allgemeinen Verwaltungsvermögens ist mit rund CHF 80,8 Mio. auf der gleichen Höhe wie im Vorjahr. Angesichts des hohen und dringenden Investitionsbedarfs der Stadt wurde hingegen die Abschreibungsbasis um CHF 10 Mio. auf CHF 70 Mio. angehoben. Die Auflistung der Projekte und der Jahrestanchen kann dem Programm der Investitionskredite entnommen werden. Auch das Investitionsprogramm der städtischen Betriebe ist sehr hoch. Die Investition in die Kehrrichtverbrennungsanlage ist mit CHF 65 Mio. der Hauptfaktor.

GLOBALBUDGETS

Grundsatzbeschluss zur flächendeckenden Ausbreitung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV)

Seit dem Rechnungsjahr 2006 wurden dem GGR mit Ausnahme der Volksschule Globalbudgets mit den dazugehörigen parlamentarischen Zielvorgaben zur Genehmigung vorgelegt. Mit diesem Budget hat nun auch die Volksschule WoV eingeführt. Somit gelten jetzt für das ganze Rechnungswesen die Regeln von WoV.

Globalbudgetierung

Sinn und Zweck der wirkungsorientierten Verwaltungsführung ist der Wechsel von der Input- zur Outputsteuerung sowie die Konzentration der Parlamentsarbeit auf die strategische Steuerung. Mit dem Voranschlag werden dem Grossen Gemeinderat deshalb für jede Produktgruppe sowohl die parlamentarischen Zielvorgaben als auch der für die Leistungserfüllung erforderliche Globalkredit zur Beschlussfassung vorgelegt. Damit kann das Parlament auch auf Umfang und Qualität des Leistungsangebotes der Verwaltung Einfluss nehmen. Die Globalbudgets haben deshalb alle Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um die Leistungen der Verwaltung parlamentarisch zu steuern.

Die Globalbudgets werden mit folgender Gliederung dargestellt:

- **Allgemeine Umschreibung** und Auftrag der Produktgruppe, Umschreibung der Produkte, Rechtsgrundlagen und verantwortliche Leitung;
- **Beschlussteil** mit den parlamentarischen Zielvorgaben und dem Globalkredit;
- **Informationsteil** mit den wesentlichen Angaben für jede Produktgruppe für die parlamentarische Steuerung und Kontrolle.

Der **Globalkredit** wird als Nettokredit bewilligt. Die Organisationseinheiten sind nur an den bewilligten Globalkredit ihrer Produktgruppe gebunden und berechtigt, im Rahmen des Globalkredites die Mittel zwischen Produkten und Detailkonti zu verschieben. Voraussetzung ist, dass der Auftrag der Produktgruppe sowie alle weiteren massgebenden Rechtsgrundlagen eingehalten und die vom Grossen Gemeinderat beschlossenen Zielvorgaben erfüllt werden. Für alle grösseren neuen Ausgaben bleibt die zusätzliche Einzelbewilligung (Verpflichtungskredit) der zuständigen Behörde (Stadtrat, Grosser Gemeinderat oder Volksabstimmung) vorbehalten.

Die **parlamentarischen Zielvorgaben** umschreiben die jährlichen Leistungsziele. Damit bestimmt der Grosse Gemeinderat, in welchem Umfang und in welcher Qualität die Leistungen

einer Produktgruppe im Budgetjahr zu erbringen sind. Den Zielvorgaben sind quantitative und qualitative Indikatoren zur Leistungsmessung zuzuordnen, damit am Jahresende die Zielerreichung festgestellt werden kann. Die Zielvorgaben beziehen sich auf die Produktgruppe. Lassen sich auf dieser Ebene keine geeigneten Zielvorgaben bestimmen, können sich die Steuerungsvorgaben auch auf einzelne Produkte beziehen, die hinsichtlich Mitteleinsatz, Qualität oder Folgen für die Öffentlichkeit von besonderer Bedeutung sind.

Der **Informationsteil** enthält für jede Produktgruppe nähere Angaben zur Steuerung und Kontrolle der einzelnen Produkte und Leistungen. Zudem gibt er Aufschluss über das Investitionsvolumen und wichtige Massnahmen und Projekte der jeweiligen Produktgruppe. Die Abweichungsbegründungen beziehen sich auf die letzte abgeschlossene Rechnung sowie den Voranschlag des Vorjahres. Zu begründen sind nur wesentliche Abweichungen.

Stadtwerk Winterthur legt als Informationsteil zum Globalbudget seinen **Profitcenter-Bericht** vor.

ÄNDERUNGEN VON PARLAMANTARISCHEN ZIELVORGABEN

Bei den nachfolgend aufgeführten Produktgruppen wurden Änderungen bei den Parlamentarischen Zielvorgaben beantragt, indem entweder die Indikatoren oder deren Messgrösse verändert, neu eingeführt oder gestrichen wurden. Die Änderungen sind im Beschlussteil der jeweiligen Produktgruppe ersichtlich.

Stadtentwicklung, Städtebau, Sportamt und FinöV

INTEGRIERTER AUFGABEN- UND FINANZPLAN (IAFP)

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) gibt Auskunft über das Budgetjahr und die Entwicklungen der folgenden drei Planjahre hinsichtlich der Globalkredite, parlamentarischen Zielvorgaben, vorgesehenen und bewilligten Investitionen sowie der wesentlichen Massnahmen, Projekte und Entwicklungen. Insbesondere soll er aufzeigen, wie die stadträtlichen Legislatorschwerpunkte mit den definierten Vorhaben von hoher Bedeutung umgesetzt werden.

WÜRDIGUNG DES VORANSCHLAGES 2011

Der Voranschlag 2011 konnte bis auf die kantonale Vorgabe, 10 % des Eigenkapitals für einen Teil des Aufwandüberschusses zu verwenden, ausgeglichen gestaltet werden. Wegen der immer noch angespannten finanziellen Lage und der Vorgaben des Kantons ist für das Personal nur der Ausgleich der Teuerung vorgesehen, obwohl die Steuereinnahmen einen erfreulichen Zuwachs erfahren haben. Zwar hatte die Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Steuereinnahmen keinen grossen Einfluss, aber der Globalkredit für die Sozial- und Erwachsenenhilfe ist wieder um über CHF 6 Mio. angestiegen. Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahre 2009 sind die Kosten in diesem Bereich um CHF 17 Mio. gestiegen, nachdem sie vorher nur ein moderates Wachstum erfahren haben. Es wird auch in den kommenden Jahren mit einem weiteren Wachstum gerechnet. Zudem wurde das Budget wegen der Neuorganisation der Pflegefinanzierung durch den Bund mit CHF 5 Mio. belastet. Die Alterung der Gesellschaft wird zusätzlich dafür sorgen, dass auch künftig mit Kostenentwicklungen in diesem Bereich gerechnet werden muss. Ein weiterer Wachstumsbereich bleibt die Schule, auch wenn die kantonalen Standards nur auf dem Minimalstand gehalten werden.

Da der Stadtrat dem Nachholbedarf und dem Erhalt der Infrastruktur eine sehr hohe Priorität zugeordnet hat, ergeben sich erhebliche Mehrkosten bei den Zinsen und Abschreibungen. Dies wird auch in den kommenden Jahren so sein, bis sich die städtische Infrastruktur auf dem erforderlichen Niveau befindet.

Die aktuelle wirtschaftliche und steuerliche Situation sieht wieder positiver aus. Der Kantonsrat hat das neue Finanzausgleichsgesetz im Juli 2010 verabschiedet und den Zentrumslastenausgleich für die Stadt Winterthur gegenüber der Gesetzesvorlage der Regierung um CHF 11 Mio. erhöht. Diese Mehreinnahmen sind angesichts der kommenden finanziellen Belastungen auch dringend nötig. Allerdings wurde gegen die Höhe des Zentrumsausgleichs der Städte Zürich und Winterthur das konstruktive Referendum ergriffen. Bei Annahme dieses Referendums würde der Zentrumslastenausgleich für die Stadt Winterthur um CHF 21 Mio. auf CHF 65 Mio. gekürzt. Das entspricht 8,3 Steuerprozenten. Daher muss dieses Referendum mit allen Mitteln bekämpft werden. Ein Ja wäre ein harter Schlag gegen die positive Entwicklung der Stadt Winterthur.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departements Finanzen übertragen bzw. für die einzelnen Departemente den jeweiligen Departementsvorstehenden.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder

Beilagen:

(nur für die Mitglieder des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates sowie die Medien)

- Übersicht Stellenplanveränderungen auf Stufe Departemente
- Voranschlag Teil A (Übersichten Laufende Rechnung, Investitionsrechnung, funktionale Gliederung und Anhänge)
- Voranschlag Teil B (Globalbudgets und IAFP)
- Profitcenter-Bericht Stadtwerk Winterthur

Voranschlag 2011, Übersicht Stellenplanveränderungen

Refinanzierung:

Die Departemente zeigen auf, wie viele der zusätzlich budgetierten Stellen voll- oder teilrefinanziert sind. Von refinanzierten Stellen wird grundsätzlich gesprochen, wenn diese vollumfänglich oder mindestens zur Hälfte (50%) über Gebühren, über die Generierung zusätzlicher Einnahmen oder Verminderung von Ausgaben finanziert oder von Dritten wie z.B. Kanton/Bund abgegolten werden.

Die Spalte "Abweichung" weist die Differenz zwischen Stellenvermehrungen und Stellenverminderungen pro Departement aus. Da sich die Spalte "davon refinanziert" lediglich auf die geplanten Stellenvermehrungen pro Departement bezieht, kann der Anteil refinanzierter Stellen höher ausfallen als die Stellenplandifferenz.

Voranschlag 2011, Übersicht Stellenplanveränderungen

Departement	VA 2010	VA 2011	Abweichung	Davon Refinanziert
1 - Kulturelles und Dienste	190.16	193.21	3.05	0.35
2 - Finanzen	178.70	179.77	1.07	1.30
3 - Bau	298.50	300.00	1.50	0.80
4 - Sicherheit und Umwelt	360.17	361.21	1.04	3.00
5 - Schule und Sport	394.36	407.02	12.66	7.00
6 - Soziales	940.62	934.72	-5.90	0.40
7 - Technische Betriebe	694.38	710.10	15.72	14.72
8 - Behörden und Stadtkanzlei	19.95	19.95	0.00	0.00
Total	3'076.84	3'105.98	29.14	27.57

Zusammenfassung der Departemente

1	Kulturelles und Dienste	0.2 Integration: Refinanzierte Stellenanpassung aufgrund erhöhter Vermittlungstätigkeit der Fachstelle Integration 0.15 Theater: Pensumserhöhung kostenneutral durch Tiefereinreihung der Stelle 0.40 Bibliotheken: Stellenanpassung Quartierbibliothek Seen (GGR-Beschluss 01.03.2010) 2.30 Museum Oskar Reinhart: Stellenaufstockung Aufsichtspersonal wegen Auflage der Versicherung: mindestens eine Aufsichtsperson pro Etage
2	Finanzen	Im Departement Finanzen werden die Stelleneinheiten von 178.70 auf 179,77 erhöht (+1,07 Stelleneinheiten). Die Produktgruppe Immobilien kann ab März 2011 eine Doppelbesetzung aufheben. Der Stellenetat der IDW wird um 1,40 Stelleneinheiten erhöht. Davon sind 0,8 Stelleneinheiten durch eine Stellenübernahme von 'Alter und Pflege' begründet (Stellenverschiebung innerhalb der Stadt). Durch die Reintegration einer Person in der IDW konnte auf die Finanzierung aus dem Sozialstellenplan verzichtet werden, was aber eine entsprechende Erhöhung des Stellenetats zur Folge hat. Im Weiteren konnten 0,4 Stelleneinheiten dank Pensumsreduktionen abgebaut werden. Im 2011 plant das Finanzamt die Übernahme einer Buchungsstelle aus dem Departement Soziales und Dienste von 0,5 Stelleneinheiten.
3	Bau	Im Departement Bau erhöht sich der Stellenplan von 298.50 Stellen um 1.50 Stelleneinheiten auf neu 300.00 Stellen. Ab dem Jahr 2011 wird die Kadaverentsorgung neu im Tiefbau durchgeführt. Die bisherige 1.0 Stelle wird vom Departement Sicherheit und Umwelt ins Tiefbauamt transferiert. Diese Stelle ist zu 100 % über den Gebührenbetrieb refinanziert. 0.2 Stellen werden infolge Aufgabenverlagerungen im Bereich Baubewilligungsverfahren vom Tiefbau ins Amt für Städtebau übertragen. Eine Laborantenstelle von 50 % wird infolge Zusammenlegung der Arbeiten von der Entsorgung an Stadtwerk ARA übertragen. Beim Bauinspektorat ist eine befristete Stelle für 2 Jahre notwendig, da in den nächsten zwei Jahren 5 von 10 Mitarbeitenden pensioniert werden. In dieser Übergangsphase ist zur Einarbeitung in die komplexe Materie und für die fristgerechte Erteilung von Baubewilligungen eine periodische Doppelbesetzung unerlässlich.

Zusammenfassung der Departemente

4	Sicherheit und Umwelt	Gegenüber dem VA 2010 ist im VA 2011 eine Zunahme der Stellen um insgesamt 1.04 Einheiten geplant. Die Änderungen sind nachfolgend zusammengefasst: Feuerwehr: 3 Rekruten treten in den ordentlichen Dienst über (diese Stellen werden durch die GVZ finanziert). Melde und Zivilstandswesen: Eine befristete Stelle für das Projekt "Infostar" läuft Ende 2010 aus. Umwelt- und Gesundheitsschutz: Abgabe der Kadaverentsorgung an das Departement Bau.
---	------------------------------	--

Zusammenfassung der Departemente

5 Schule und Sport

Der Stellenplan 2011 (Total 407.02) im Departement Schule und Sport erhöht sich im Vergleich zum Voranschlag 2010 (Total 394.36) um 12.66 Stellen. Der Stadtrat hat mittels Beschluss SR.10.808-1 vom 14.7.2010 bei der Fam. Kinderbetreuung rückwirkend per 1. Januar 2010 6 zusätzliche Stellen geschaffen. Somit erhöht sich der Stellenplan 2011 gegenüber dem bereinigten Stellenplan 2010 (Total 400.36) um effektiv 6.66 Stellen. Davon sind 7 Stellen (teilweise und vollständig) refinanziert.

PG Volksschule:

+ 2.0 Stellen

Hauswartung (1.0) für den Neubau des Schulhauses Wyden, Inbetriebnahme der Anlage im Sommer 2011.

Zusätzliche Hauswartung (1.0) für Hegi. In Hegi mussten infolge der akuten Raumprobleme verschiedene Provisorien an unterschiedlichen Standorten eingerichtet werden. Weitere Provisorien sind auf das kommende Schuljahr 10/11 geplant. Bis zur Erstellung des Schulhauses Neuhegi wird von weiteren Provisorien ausgegangen. Es hat sich in den vergangenen Monaten gezeigt, dass die bisher eingesetzten Hauswart-Ressourcen diese schulischen und schulergänzenden Ausweitungen nicht mehr mit den bestehenden Ressourcen betreuen können. Die zusätzliche Hauswartung dient zur Entlastung der bisherigen Stelleninhaber, bei der Inbetriebnahme des neuen Schulhauses wird diese Hauswartung die Betreuung der neuen Schulhausanlage übernehmen.

- 1.10 Stellen

Verschiedene kleine Pensenreduktionen und -abbau von befristeten Stellen im Bereich Bildung (u.a. Fachstellen Besondere Klassen und Deutsch als Zweitsprache)

PG Sonderschulung:

+2.76 Stellen

Anpassung der Öffnungszeiten in der Betreuung (Hort) nach den kantonalen Richtlinien. Die Stellen sind mit rund 40% teilrefinanziert.

PG Familienunterstützende Angebote:

+ 3.0 Stellen

Anpassung des Betreuungskonzepts (Auslauf der Grossfamilie, dezentral) Einrichtung einer Sekundarstufenwohngruppe vor Ort. Die Konzeptanpassung ist vom Kanton bewilligt. Die Konzeptanpassung ist gegenwärtig beim Bund in Überprüfung. Die Mehrkosten für das benötigte Personal der Sekundarstufenwohngruppe sind durch Mehreinnahmen der Pensionsgelder vollständig gedeckt. Somit sind diese Stellen voll refinanziert.

Der Stellenplan VA 2011 wurde in der aktuellen Struktur (gültig bis 31.12.2010), resp. den

Zusammenfassung der Departemente

Produktgruppen geplant. Mittels Sammelantrag 2011 wird der Stellenplan auf die neue Kostenstellenstruktur und neuen Produktgruppen (PG Volksschule, PG Sonderschulung, PG Familienunterstützende Angebote) verschoben. Auch wird per 1.1.2011 die Kostenstellenstruktur (gültig ab 1.1.2011) im Pias auf die neuen Produktgruppen angepasst.

Ab 2011 werden weiterhin folgende Vor-Kostenstellen im Stellenplan ausgewiesen:

511000 Departementsstab

513000 Finanz- und Rechnungswesen und Personalabteilung (bisher 521000 und 523000)

Das DSS umfasst ab 2011 gemäss VO über den Finanzhaushalt folgende Produktgruppen:

514000 Volksschule (neu)

522000 Materialverwaltung (bisher)

534000 Sonderschulung (neu)

576000 Familienunterstützende Angebote (neu)

580000 Berufsbildung (bisher, ohne Eltern- und Erwachsenenbildung)

590000 Sport (bisher)

Folgende Kostenstellen werden mittels Sammelantrag 2011 wie folgt zugeteilt:

PG Volksschule (514000)

512000 Behörden

524000 Schulbauten

531000 Volksschule

Teile von 574000 Fam.Kinderbetreuung (nur Tagesstrukturen)

Teile von 575000 Schuldienste (nur Stab Bildung und Unterstützende präventive Dienste)

PG Sonderschulung (534000)

Teile von 575000 Schuldienste (Städtische Sonderschulen und Abteilung Sonderpädagogik)

PG Familienunterstützende Angebote (576000)

Teile von 575000 Schuldienste (Familienunterstützende Angebote und Kinder- und Jugendheim Oberi)

Teile von 580000 Berufsbildung (Eltern- und Erwachsenenbildung)

Zusammenfassung der Departemente

6	Soziales	Im Departement Soziales reduziert sich der Stellenplan von 940.62 Stellen um 5.9 Einheiten auf neu 934.72 Stellen. Im Detail setzt sich dies wie folgt zusammen: 940.62 Voranschlag 2010 + 0.6 Spitex, wovon 0.4 refinanziert sind + 0.4 Alterszentren: departementsinterne Verschiebung des Lohnbüros - 0.4 Soziale Dienste, KAP: departementsinterne Verschiebung des Lohnbüros - 1.3 Stadtinterne Verschiebung zum Departement Finanzen (Informatikdienste und Finanzamt) - 5.2 Alterszentren: Abbau Stellen im Kaderbereich 934.72 Voranschlag 2011
7	Technische Betriebe	Der Stellenplan im Departement Technische Betriebe erhöht sich um 15.72 Stellen. Stadtwerk: 8.45 Stellen, eigenfinanziert. Stadtwerk Winterthur plant einen Abbau von 4.55 Stellen. Sollte das Volk einer Investition ins Glasfasernetz zustimmen, erfordert der Ausbau dieses Geschäftsfeldes 13 neue Stellen. Unter Berücksichtigung der bewilligten Stellen gemäss bewilligtem Sammelantrag 2010 von total 336.40 resultiert für Stadtwerk somit gesamthaft ein Aufbau von 8.45 Stellen. Stadtbuss: 6.27 Stellen, finanziert durch ZVV. Leitung F&D: Austritt Vorgänger (Doppelbesetzung 2 Mt., da Stelleninhaber Ferien bezog) -0.17 Fahrdienst: Angebotserweiterung von § 20 - Leistungen +6.44 Forstbetrieb: Keine Veränderung. Stadtgärtnerei: 1.00, ergebnisrelevant. Zusätzlicher Mitarbeiter für den Unterhalt des Eulachpark. In der GGR-Weisung 2005/049 wurden aufgrund von Erfahrungswerten die Personalfolgekosten für die Pflege des Parks mit CHF 222'000 beziffert. Dies entspricht 2.3 Vollzeitstellen. Eine erste Stelle wurde bei der Übernahme der 1. Etappe mit dem VA 2007 bewilligt. Mitte 2010 geht die 2. Etappe (und damit 80 % der Gesamtfläche) des Parks in den Unterhalt der Stadtgärtnerei über. Die Schaffung dieser Stelle ist ausgewiesen. Departementssekretariat: Keine Veränderung.
8	Behörden und Stadtkanzlei	